



Dr. Lars Hänsel leitet das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington DC.



Roman Sehling ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Auslandsbüros in Washington DC.

REFERENDUM ODER RICHTUNGSWAHL

**US-PRÄSIDENT OBAMA MUSS HART
UM SEINE WIEDERWAHL KÄMPFEN**

Lars Hänsel / Roman Sehling

Nach einem langen Nominierungswahlkampf unter den Republikanern steht der Kandidat nun fest, der bei den kommenden Präsidentschaftswahlen Präsident Barack Obama herausfordern wird: Mitt Romney, der frühere Gouverneur von Massachusetts. Romney setzte sich zwar in einem harten Kampf gegen seine internen Gegner durch. Dennoch bleibt er nach wie vor der von seiner Partei ungeliebte Kandidat. Vielen Republikanern gilt er als zu wenig konservativ. Nichtsdestotrotz wird Romney auf die breite Unterstützung der Republikaner zählen können. Alle eint das Interesse an der Abwahl Präsident Obamas. Bei den unabhängigen Wählern ist Romneys Stärke gegenüber Obama zugleich eine Schwäche: Als Finanzexperte und erfolgreicher Unternehmer gilt Romney als erfahren in Wirtschaftsfragen. Als Investmentbanker und Spitzverdiener gilt er jedoch als kalt und abgehoben.

Auch wenn der Präsidentschaftswahlkampf derzeit noch nicht in vollem Gange ist, schärfen die Wahlkampagnen der Republikaner und Demokraten bereits ihre Botschaften, um früh den Diskurs zu bestimmen. Für den Wahlausgang wird nicht zuletzt entscheidend sein, welche Botschaft sich durchsetzt: Schafft es das Wahlkampfteam um Romney, dass die Wahl als Referendum über die bisherige Politik Obamas verstanden wird, die vor allem angesichts schlechter Wirtschaftsdaten als wenig erfolgreich gilt? Oder kann das Obama-Wahlkampfteam den Urnengang als eine Richtungswahl darstellen und so den Blick auch auf Romney lenken? Die Wirtschaft gilt als Hauptthema der Wahl. Über den Wahlausgang dürften allerdings nicht

allein die absoluten Wirtschaftsdaten entscheiden, sondern die Deutungshoheit darüber, ob sich das Land in eine falsche oder richtige Richtung entwickelt. Für den Wahlausgang ist aufgrund des besonderen Wahlrechtes nicht allein das Ergebnis der allgemeinen Stimmabgabe entscheidend, sondern die Anzahl der Wahlmänner in den so genannten *Swing States*. Obama werden derzeit Chancen eingeräumt, die entscheidende Anzahl an Wahlmännern zu erhalten. Da insgesamt aber ein knapper Ausgang der Wahl abzusehen ist, dürfte der Einfluss bestimmter Wählergruppen wie z.B. Minderheiten – vor allem in den *Swing States* – besonders wichtig sein.

Wer auch immer ab dem kommenden Jahr im Weißen Haus regieren wird, steht bei der Lösung der drängenden Probleme des Landes vor gewaltigen Herausforderungen, die kaum ohne die Überwindung der tiefen politischen Spaltung zwischen Republikanern und Demokraten zu bestehen sind.

LANGER NOMINIERUNGSWAHLKAMPF

Nach bereits einem ganzen Jahr des Kampfes um die republikanische Nominierung mit insgesamt 27 Debatten zwischen den republikanischen Kandidaten richtet sich nun die Aufmerksamkeit ganz auf den Wahltag am 6. November 2012.¹ Dabei hat die Hochphase noch gar nicht begonnen – die Mehrheit der Amerikaner wird sich mit dem Thema frühestens ab September, aber so „richtig“ erst im Oktober beschäftigen. Insofern forderten einige Kommentatoren nicht ganz zu Unrecht bereits Anfang des Jahres ein

1 | Nach anderen Zählmethoden waren es 20 Debatten. Die Diskrepanz erklärt sich unter anderem damit, dass an den 27 Debatten nicht immer alle Kandidaten teilnahmen.

Ende der Debatten.² Zu diesem Zeitpunkt hatte die Republikanische Partei mindestens fünf verschiedene „erklärte“ Favoriten gehabt – Mitt Romney, Rick Perry, Herman Cain, Newt Gingrich, Rick Santorum – Beobachter sprachen sarkastisch vom „flavor of the month“ (Angebot des Monats).³ Insgesamt wurde das Kandidatenfeld als schwach wahrgenommen. Darunter litt das Ansehen der Republikaner in der Öffentlichkeit.

Die Republikaner hofften, durch einen langen Wahlkampf die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und so die Basis und vor allem Spender mobilisieren zu können.

Die republikanischen Strategen besorgte besonders, dass der Nominierungswahlkampf sich zunehmend verschärfte.⁴ Anfänglich hofften die Republikaner, durch einen langen Wahlkampf die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und so die Basis und vor allem Spender mobilisieren zu können.⁵ Jedoch drohten sich ihre Kandidaten mit „Negativ-Kampagnen“ bereits im Vorfeld des eigentlichen Wahlkampfes selbst zu schwächen. Die Sorge war, dass der Sieger letztendlich zu angeschlagen aus dem Kampf hervorgehen würde, um Erfolgschancen gegen Obama zu haben. Unterstützer Romneys wie der Senator Lindsey Graham plädierten daher für ein Ende der Debatten.⁶ Andere wie der ehemalige Präsidentschaftskandidat Senator John McCain waren der Ansicht, die Schwächen aller Kandidaten würden damit schon weit vor der eigentlichen Wahl

2 | Interview mit David Gregory bei NBCs *Meet the Press*: „We've got to stop the debates.“ In Jennifer Epstein, „McCain: End ,mud wrestling' debates“, *Politico*, 29.01.2012.

3 | Vgl. unter anderem Liz Marlanes, „Herman Cain: ,Black Walnut' flavor of the month?“, *Christian Science Monitor*, 13.10.2011; Christian Heinze, „Will Santorum be the next flavor of the month?“, *The Hill*, 26.10.2011; Tierney Sneed, „Is Newt Gingrich the Next GOP Flavor of the Month?“, *U.S. News and World Report*, 11.11.2011.

4 | Cameron Joseph, „Long, damaging presidential primary has GOP considering changes to its rules“, *The Hill*, 24.02.2012.

5 | Die Delegiertenstimmen der ersten Vorwahlphase bis zum April wurden proportional vergeben, danach wurden sie nach dem Prinzip „winner take all“ zugeteilt. Damit wurde die Entscheidung in die Länge gezogen: Bundesstaaten, die ihre Vorwahlen nicht am Anfang des Jahres abhielten, blieben relevant, während es weniger bekannten Kandidaten ermöglicht werden sollte, ohne große finanzielle Ressourcen national bekannt zu werden.

6 | Auch wenn die Debatten selbst nicht die Beliebtheitswerte gefährdeten, sondern eher die zum Teil an Verleumdung grenzende Art der Wahlwerbung, wobei *Super-PACs* neue Tiefen erreichten. Jane Mayer, „Attack dog“, *New Yorker*, 13.02.2012.

ausreichend debattiert und so entschärft.⁷ Ein langer Nominierungswahlkampf würde zudem den wirklich stärksten Kandidaten hervorbringen.

DER UNGELIEBTE SPITZENKANDIDAT

Am Ende hat sich nicht unbedingt der Kandidat durchgesetzt, der die meisten Sympathien unter den Republikanern auf sich vereinen kann. Dennoch gilt Mitt Romney als der Kandidat, der die größten Chancen gegen Präsident Obama hat. Gleichzeitig hat der lange Kampf um die Nominierung die innere Spaltung der Republikaner offenbart. Die Demokraten waren vor vier Jahren in einer ähnlichen Situation. Sie schienen nach der harten Auseinandersetzung zwischen Befürwortern der Kandidaten Barack Obama und Hillary Clinton tief gespalten.



Das „kleinere Übel“? Nicht überall empfangen die Republikaner ihren Kandidaten Mitt Romney so begeistert wie diese Anhänger im Dezember 2011 in Arizona. | Quelle: Gage Skidmore (CC BY-SA).

Im Gegensatz zu den Demokraten im Jahr 2008, die sich schließlich gemeinsam hinter Obama stellten und stolz mit dem ersten afro-amerikanischen Spitzenkandidaten in die Wahl gingen, ist Spitzenkandidat Romney bei den Republikanern deutlich umstrittener. Als Gouverneur von Massachusetts war er *pro choice*, das heißt er akzeptierte Abtreibung, erkannte den Klimawandel als wissenschaftliche

7 | Präsident Obamas Team allein kreierte schon zahlreiche Werbespots, die ausschließlich Zitate der ehemaligen Kontrahenten Mitt Romneys verwendeten, um ihn anzugreifen.

Realität an und setzte sich für eine Gesundheitsreform ein – alles Positionen, die andere republikanische Kandidaten vor allem im besonders traditionell-konservativen Flügel deutlich disqualifiziert hätten.⁸ Für viele Republikaner ist Romney einfach nicht konservativ genug. Die Republikaner haben sich daher gezwungenermaßen nach vielen Monaten für das „kleinere Übel“ entschieden – statt für einen Kandidaten wie Rick Santorum, den die Parteibasis stärker unterstützt hätte, der aber gegen Obama möglicherweise geringere Chancen gehabt hätte. Angesichts der Alternative einer Wiederwahl Obamas wird die republikanische Parteibasis aber im November ähnlich motiviert zu den Wahlurnen gehen wie Obamas Anhänger vor vier Jahren. Der republikanische Abgeordnete Trent Franks fasst es so zusammen: „Einige Konservative trauen Herrn Romney nicht zu, das Richtige zu tun, aber sie alle trauen Präsident Obama zu, das Falsche zu tun.“⁹

SCHARFE TÖNE UNTER DEN KANDIDATEN

Die Mehrheit der Amerikaner interessiert sich eigentlich noch nicht für den Wahlkampf. Dennoch bemühen sich die Lager seit Monaten, den Gegner in den Augen der Wähler negativ zu besetzen, bevor er selbst ein positives Image kultivieren kann. Dabei wird vor extremen Vergleichen nicht zurückgeschreckt. Während Obama von republikanischer Seite als kommunistischer Muslim aus Kenia verunglimpt wird, charakterisieren demokratische Wahlkampfstrategen Romney als unbarmherzigen Heuschrecken-Kapitalisten.¹⁰

8 | In vielen Karikaturen zierte sich die republikanische „Braut“ lange davor, die „beschlossene“ Ehe mit dem designierten Kandidaten Romney einzugehen.

9 | „There are some conservatives who are not ready to trust Mr. Romney to do the right thing, but they all trust President Obama to do the wrong thing.“ Laurie Kellman, „Conservatives and Romney work at working together“, Associated Press, 07.06.2012.

10 | Radikalere Darstellungen des Gegners zielen auf Präsident Obamas vermeintliche Geburt in Kenia und eine angebliche muslimische Religionsangehörigkeit ab. Dies war bereits vor vier Jahren der Fall. Der bekannteste Vertreter der Theorie einer Geburt im Ausland, welche die automatische Disqualifizierung vom Amt des amerikanischen Präsidenten bedeuten würde, ist der prominente Multimillionär Donald Trump. Wie bereits vor vier Jahren, wurde auch Gouverneur Romneys mormonischer Glaube während der republikanischen Vorwahlen von innerparteilichen Gegnern indirekt thematisiert, verschwand aber aus der Debatte nach seinem Sieg als Präsidentschaftskandidat der Republikaner.

Im Nominierungswahlkampf beschränkten sich die republikanischen Kontrahenten noch größtenteils darauf, Romneys Sprunghaftigkeit im Bezug auf die genannten grundlegenden Positionen zu Abtreibung, Klimawandel und staatlicher Krankenversicherung zu attackieren. Der Ton wurde aber zunehmend schärfer. Nachdem Newt Gingrich (wie letztendlich alle Kontrahenten Romneys) seinen Höheflug vom Romney unterstützenden *Super-PAC* Restore our Future gestoppt sah, griff er diesen verzweifelt an und kritisierte scharf Romneys Tätigkeit bei Bain Capital, der Investmentfirma, die Romney in den 1980er Jahren aufgebaut hat. Der Gingrich-nahe *Super-PAC* Winning our future kritisierte zudem in einem Video *When Mitt Romney Came to Town* vor allem, dass der Reichtum Romneys auf Kosten von mittelständischen Firmen und Arbeitsplätzen erzielt worden sei. Damit wurde angegriffen, was als Romneys Kernkompetenz gilt: seine Erfahrung in der privaten Wirtschaft. Gingrich wurde scharf von seinen eigenen Parteikollegen kritisiert, weil er dabei einen polemischen, anti-kapitalistischen Ton anschlug, der sonst nur aus dem anderen politischen Lager bzw. von der Bewegung Occupy Wall Street zu hören war¹¹ und er Romney im eigenen Lager beschädigte. Damit wurde aber auch offensichtlich, dass die Stärke Romneys gleichzeitig seine größte Schwäche ist: einer privilegierten Wirtschaftselite anzugehören, die in den Augen vieler offenbar das Leben des durchschnittlichen Amerikaners weder teilt noch wirklich kennt.

ROMNEY: UNBARMHERZIGER KAPITALIST ODER MR. FIX IT?

Für Gingrich sollte sich die Polemik nicht auszahlen, doch gab er damit eine interessante Vorausschau auf die kommenden Monate. Denn das Team Obama hatte relativ früh damit begonnen, die erklärte Stärke ihres Gegners direkt zu attackieren. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass sich Obamas Lager bereits in der frühen Phase der Auseinandersetzung in Bedrängnis sieht. Da für weite Teile der Bevölkerung die Bewältigung der Wirtschaftskrise das wichtigste Kriterium bei der Wahlentscheidung ist und

Das Team Obama hatte relativ früh damit begonnen, die erklärte Stärke ihres Gegners direkt zu attackieren.

11 | Jonathan Easley, „Newt Gingrich: Bain Capital „undermined capitalism“ killed jobs“, *The Hill*, 10.01.2012.

höchstwahrscheinlich bleiben wird, ist Romney theoretisch prädestiniert, mit seinem Hintergrund zu punkten.¹²

Kein anderer Kandidat konnte auf eine ähnlich breite und erfolgreiche Erfahrung in der Politik und Wirtschaft verweisen, um sich nun authentisch als Retter in der Not zu präsentieren. Nachdem Romney zunächst bei der Boston Consulting Group und Bain & Company das Handwerk lernte, gründete er 1984 die *Private-Equity*-Firma Bain Capital und wurde damit zum Multimillionär. Zwischenzeitlich engagierte er sich bei der finanziellen Rettung der Olympischen Winterspiele von Salt Lake City, wurde Gouverneur im sonst eher Demokraten-freundlichen Massachusetts und schlug sich beachtlich gegen den erfahrenen Senator John McCain bei den republikanischen Präsidentschaftswahlen vor vier Jahren. Mit diesem Image sollte eine Kandidatur vielversprechend sein. Zudem hatte Romney in den vergangenen vier Jahren öffentliche Auftritte in vielen Bundesstaaten absolviert, für andere Kandidaten Spenden gesammelt und so Unterstützer gewonnen und Netzwerke kultiviert.

Allerdings ist die Wirtschaftskompetenz auch das einzige Gebiet, auf dem Romney wirklich überzeugen und Obama die unabhängigen Wähler abringen könnte, die am Ende die Wahl entscheiden dürften. Der US-Präsident kann sich sicher wägen, dass Romney ihn nicht zu aggressiv wegen der Gesundheitsreform Affordable Care Act (allgemein auch als „Obamacare“ bezeichnet), der Klimagesetzgebung oder in der Abtreibungsfrage angreifen wird, da Romneys frühere Positionen denen Obamas im Wesentlichen entsprachen oder gar als Inspiration dienten.¹³ Obama wird daher weiterhin versuchen, die republikanische Basis immer wieder an Romneys Vergangenheit zu erinnern. Gleichzeitig greift er auch jetzt schon (wie Newt Gingrich) Mitt Romney als unbarmherzigen Kapitalisten an und versucht ihn so vor allem bei den unabhängigen Wählen zu diskreditieren.

12 | Ende Mai befanden 52 Prozent der Bevölkerung die Wirtschaft als wichtigstes Thema, für 18 Prozent waren es die Staats Schulden, für 14 Prozent die Krankenversicherungspolitik. Abgeschlagen folgten mit fünf Prozent Terrorismus, mit vier Prozent illegale Einwanderung und mit drei Prozent die Lage in Afghanistan als wichtigstes Thema. CNN/Opinion Research Corporation, 29.-31.05.2012.

13 | Steve LeBlanc, „In Mass., Individual Mandate Sparks Little Outcry“, Associated Press, 06.06.2012.

IMAGEWAHLKAMPF: SOLYNDRA VS. BAIN

PR-Strategen auf beiden Seiten versuchen systematisch, das Image des jeweiligen Gegners zu demontieren: Obama habe keine Ahnung davon, wie die Wirtschaft funktioniere (Romney: „Obama doesn't get it“ und ist „hostile to business“), wolle die Steuersätze der „job creators“ hochschauben, gefährde damit das Wachstum und Arbeitsplätze (Obama, der „jobs destroyer“). Außerdem verschwende er die knappen finanziellen Mittel der Regierung mit Subventionen an seine Spender (Stichwort Solyndra-Pleite: eine Solarfirma, die über 500 Millionen US-Dollar Subventionen erhalten hatte und später bankrott gegangen war).¹⁴ Romney wiederum, als Vertreter der Spitzenverdiener, habe schlichtweg kein Interesse an den Sorgen der einfachen Leute und sehe lieber tatenlos

zu, wie die amerikanische Automobilindustrie Pleite gehe und Tausende ihre Jobs verlieren, so lange anderswo Profit gemacht wird (Stichwort Bain Capital: die Investmentfirma

Romney helfe seinen Unterstützern an der Wall Street mit Finanzpaketen für die Banken und verfolge generell nur bereits gescheiterte Ideen, so die Kampagne Obamas.

Romneys, welche durch Aufkauf und Zerschlagung von maroden Firmen ihren Gewinn mache).¹⁵ Er helfe stattdessen seinen Unterstützern an der Wall Street mit Finanzpaketen für die Banken und verfolge generell nur bereits gescheiterte Ideen, die „same bad ideas“ seines Vorgängers George W. Bush, dem die Schulden- und Finanzkrise schließlich auch zu verdanken sei.¹⁶

Mit dem Hinweis auf die Firmen Solyndra und Bain Capital lassen sich die beiden Botschaften der jeweiligen Kampagnen zusammenfassen: Steuerverschwendung und zunehmende Verstaatlichung (von Republikanern gern auch als „Sozialismus“ bezeichnet) gegen nackte Profitgier – ver-

14 | Philip Rucker und Nia-Malika Henderson, „Romney clinches nomination, attacks Obama on Solyndra, but Trump steals the spotlight“, *Washington Post*, 29.05.2012; Seth McLaughlin, „Romney: Obama didn't risk much in Solyndra – tax-payers did“, *Washington Times*, 01.06.2012; Scott Powers, „Romney at Florida fundraiser: Obama doesn't get it“, *Tampa Bay Times*, 12.06.2012.

15 | Jon Ward, „Obama Campaign Says Romney, If President, Wouldn't Want To Reduce Joblessness“, *Huffington Post*, 16.05.2012.

16 | Amie Parnes, „President attempts to re-energize campaign with attack on Romney“, *The Hill*, 12.06.2012; Ken Walsh, „George W. Bush's endorsement could hurt Romney“, *U.S. News Weekly*, 01.06.2012.

bunden mit der Frage an die Wähler: Wem würden Sie vor diesem Hintergrund die Wirtschaft anvertrauen?¹⁷

REFERENDUM ODER RICHTUNGSWAHL?

Entscheidend wird sein, wie die Wähler die Präsidentschaftswahl interpretieren: als Abstimmung über die bisherige Politik des Präsidenten oder als Richtungswahl. Die Strategie Romneys ist es, die Wahl als ein Referendum über Obamas bisherige Amtszeit und die Erfüllung seiner Versprechen darzustellen. Romney kommt zugute, dass der Fokus generell stärker auf dem Präsidenten liegt, wenn er sich einer Wiederwahl stellt. Gleichzeitig gilt es allerdings als schwer, einen amtierenden Präsidenten aus dem Amt zu wählen.

Die Wähler sind von Mitt Romney aufgerufen, Ronald Reagans Frage nach der Verbesserung ihres persönlichen Lebensstandards („Are you better off than you were four years ago?“) zu beantworten. Romney hofft, dass die Antwort auf diese Frage den Präsidenten angesichts der schlechten Wirtschaftslage diskreditiert.

Präsident Obama wiederum kontrastiert Romneys Ablehnung einer staatlichen Unterstützung für die Autoindustrie in der Krise 2008 mit seiner Politik, welche die Autoindustrie wieder auf einen erfolgreichen Weg gebracht hatte. Im Bereich der wirtschaftlichen Kompetenz kann Obama jedoch generell kaum punkten: 55 Prozent der Amerikaner glauben, dass es unter einer Führung von Mitt Romney der Wirtschaft in vier Jahren besser gehen würde. Nur 46 Prozent trauen Obama das Gleiche zu.¹⁸ Deshalb versucht Obama, auch auf anderen Gebieten den Kontrast herauszustellen. Das wahrscheinlich beste Beispiel für diese Herangehensweise war der Werbespot Obamas, der offen anzweifelte, dass ein Präsident Romney den Befehl zum erfolgreichen Einsatz gegen Osama bin Laden gegeben hätte.¹⁹

17 | Ben German, „Bain, Solyndra now center stage in Romney, Obama economic fight“, *The Hill*, 31.05.2012.

18 | „More Americans See Better Economic Future Under Romney Than Obama“, Gallup Institute, 17.05.2012.

19 | Ari Melber, „On YouTube, Obama Campaign Plays bin Laden Card Against Romney“, *Huffington Post*, 27.04.2012.

BEDEUTUNG DER SWING STATES

Obama führt momentan bei nationalen Umfragen mit einem sehr dünnen Vorsprung. Voraussichtlich wird es dieses Jahr zu einem knappen Wahlausgang kommen. Umso wichtiger werden die *Swing States*, in denen keine Partei von vornherein als Sieger gilt. Beobachter gehen davon aus, dass es Obama in diesem Jahr nicht schaffen wird, alle von ihm im Jahr 2008 gewonnenen Bundesstaaten zu halten.²⁰ Damals konnte er in den *Swing States* von Colorado, Florida, Iowa, Nevada, New Hampshire, North Carolina, Ohio, Virginia und Wisconsin Siege erringen und damit 110 Stimmen zur benötigten Mehrheit von 270 Stimmen in der Wahlversammlung (*Electoral College*) erhalten. Bei den vorangegangenen beiden Wahlen gingen aber sechs von diesen Staaten an George W. Bush. Momentan liegt Obama auch im *Electoral College* noch vorn: 15 Bundesstaaten und die Hauptstadt, also das District of Columbia, mit insgesamt gut 196 EC-Stimmen gelten als sicher für Obama. Romney seinerseits kann fest mit 21 Bundesstaaten und 170 EC-Stimmen rechnen. Zählt man die Wahlmännerstimmen der Staaten hinzu, die schon jetzt einem der beiden Kandidaten deutlich zuneigen, dann führt Obama mit 237 zu 191 EC-Stimmen. Der härteste Wahlkampf wird dann in den Bundesstaaten geführt werden, wo bisher nicht abzusehen ist, wer das Rennen gewinnt: Colorado, Florida, Iowa, Nevada, New Hampshire, North Carolina und Wisconsin. Zu nennen sind hier auch die Bundesstaaten Ohio und Virginia, in denen die Republikaner bei den letzten Kongress- bzw. Gouverneurswahlen 2010 zum Teil schon deutliche Erfolge verzeichneten und nun sieben der neun Gouverneure stellen.²¹ Obama wählte dann auch Ohio und Virginia für seine ersten beiden offiziellen Wahlkampfauftritte. In Ohio und Florida hat Obama zudem einen deutlichen Vorsprung bei der Mobilisierung seiner Wählerschaft.²²

Voraussichtlich wird es dieses Jahr zu einem knappen Wahlausgang kommen. Wichtig werden die *Swing States* sein, in denen keine Partei von vornherein als Sieger gilt.

20 | Charlie Cook, „Flip a coin“, *National Journal*, 24.05.2012.

21 | Chris Cilizza, „The 9 swing states of 2012“, *Washington Post*, 16.04.2012; Charles Mahtesian, „Hard vs. soft swing states“, *Politico*, 07.05.2012; Chris Cilizza und Aaron Blake, „President Obama starts with edge on inaugural Fix Electoral College map“, *Washington Post*, 17.05.2012.

22 | Paul Kostyu und Jane Prendergast, „Obama leads in Ohio field offices“, *Cincinnati Enquirer*, 03.06.2012.

In Florida allein hat der Präsident 27 lokale Büros mit rund 100 bezahlten Wahlkämpfern eröffnet und Tausende Freiwillige im Einsatz. Anfang Juni gab es im Umfeld der Stadt Tampa bereits 194 Wahlkampfveranstaltungen für Obama, während Romneys Webseite keine einzige Veranstaltung im Umkreis von 50 Kilometern anzeigen.²³

Sowohl Obama als auch Romney und ihre jeweiligen Organisationen haben bereits 87 Millionen US-Dollar für Fernsehwerbung in einigen wenigen der Swing States ausgegeben.

Seit April wurden zudem sechs hochrangige Regierungsvertreter auf insgesamt 85 Wahlkampfreisen in diese neun heiß umkämpften Bundesstaaten geschickt.²⁴ Dort wird sich der Kampf um die Wählergunst in den nächsten

Monaten besonders konzentrieren. Sowohl Obama als auch Romney und ihre jeweiligen Organisationen haben fünf Monate vor der Wahl bereits 87 Millionen US-Dollar für Fernsehwerbung in einigen wenigen dieser *Swing States* ausgegeben – mehr als je zuvor zu diesem Zeitpunkt in einem Präsidentschaftswahlkampf.²⁵

Auch wenn Obama nicht in allen diesen Staaten siegen muss, um wieder ins Weiße Haus einzuziehen, so kann er eventuell davon profitieren, dass einige dieser Bundesstaaten sich etwas schneller wirtschaftlich erholen als der Rest des Landes. Andererseits werden die republikanisch geführten Bundesstaaten den Erfolg auch für sich verbuchen wollen.²⁶ Insgesamt ist jedoch umstritten, was für die Stimmabgabe entscheidender ist: die Lage im jeweiligen Bundesstaat oder die Wirtschaftslage insgesamt in den USA.

BEDEUTUNG EINZELNER WÄHLERGRUPPEN

Auch wenn sich Obama und Romney in ihrem Wahlkampf vorrangig auf Wirtschaftsthemen konzentrieren, versuchen sie, darüber hinaus spezifische Wählergruppen anzusprechen. Das gilt etwa bei aktuellen Themen wie Studentenkredite, Einwanderungsreform, Gesundheitsreform,

23 | Adam Smith, „Mitt Romney ramping up campaign in Fla“, *Tampa Bay Times*, 01.06.2012.

24 | Darren Samuelsohn, „Obama’s Cabinet members mix policy, politics“, *Politico*, 07.06.2012.

25 | Beth Fouhy und Thomas Beamont, „Presidential ad spending hits \$87 million“, *Associated Press*, 31.05.2012.

26 | White, „Swing states’ economic recovery could help Obama in November“, *Politico*, 01.06.2012; Michael Cooper, „9 Swing states, critical to Presidential race, are mixed lot“, *The New York Times*, 05.05.2012.

Kostenübernahme bei Verhütungsmitteln, Religionsfreiheit und gleichgeschlechtliche Ehe. Da der Wahlausgang im November als eng gilt, bekommen so einzelne Wählergruppen besonderes Gewicht.

Präsident Obama konnte vor vier Jahren eine deutliche Mehrheit bei den jüngeren Wählern gewinnen. Während einige Beobachter warnen, dass deren Enthusiasmus mittlerweile abgenommen hat, versucht Obama, mit einer Gesetzesinitiative zur Beibehaltung günstiger Studentenkreditzinssätze Sympathien zu gewinnen. Obama und seine Frau hatten selbst erst vor acht Jahren die für das Studium aufgenommenen Kredite abgezahlt.²⁷

Obama versucht, mit einer Gesetzesinitiative zur Beibehaltung günstiger Studentenkreditzinssätze Sympathien zu gewinnen.

Vor vier Jahren konnte Obama auch überdurchschnittlich bei Minderheiten und hier insbesondere bei Latinos punkten. Auch wenn er keine Fortschritte bei der Einwanderungsreform vorzuweisen hat, kann er doch auf die Gesetzesinitiativen republikanischer Politiker in einzelnen Bundesstaaten verweisen, die mit einer strengerer Einwanderungspolitik bei Latino-Wählern nicht gut ankamen. Das Team Romney ist sich dessen bewusst und versucht etwa durch den Einsatz von Senator Marco Rubio aus Florida das Image unter Latinos zu verbessern. Einige Beobachter rechnen Rubio, dem Sohn kubanischer Einwanderer und erst 2010 gewählten Jungstar der Republikaner in einem der wichtigsten *Swing States*, deswegen auch gute Chancen bei Romneys Suche um einen Vizepräsidentenanwärter aus.²⁸

Es ist allerdings nicht sicher, dass seine Erfolgsstory bei Latinos generell gut ankommt. So ist die Latino-Minderheit alles andere als eine homogene Gruppe. Die soziale Stellung der zumeist auf legalem Wege eingewanderten kubanischen Gemeinschaft ist nicht unbedingt vergleichbar mit der Situation der zum Teil illegal eingewanderten Flüchtlinge mit mexikanischen oder guatemaltekischen Wurzeln. Letzteren geht es vor allem um die Legalisierung von illegalen Einwanderern. Rubio bietet eine eigene Alternative zum DREAM-Act, das heißt der Initiative der Demokraten zur Legalisierung illegaler Einwanderer, an. Nach ihm sollen vor

27 | Jeff Scheid, „Obama urges crowd to stand against doubling of student loan“, *Las Vegas Review Journal*, 08.06.2012.

28 | Daniel Drucker, „Marco Rubio prepared for role as Mitt Romney surrogate“, *Roll Call*, 10.05.2012.

allem junge, illegale Immigranten eine Chance bekommen, in den USA für Studium und Ausbildung zu bleiben. Diese Initiative ist jedoch bei den Latino-Wählern umstritten.²⁹

Die Unterstützung der afro-amerikanischen Bevölkerung für Obama hat abgenommen, auch wenn eine deutliche Mehrheit ihn unterstützen wird. Die Republikaner erinnern ihrerseits gerne die afro-amerikanische Bevölkerung daran, dass unter der Präsidentschaft Obamas die Arbeitslosenrate dieser Bevölkerungsgruppe nicht gesenkt werden konnte.

Beim Kampf um die weiblichen Wählerstimmen kam Obama eine Debatte um die Kostenübernahme für Verhütungsmittel zugute, die er erfolgreich als einen Angriff auf die Gesundheitsrechte der Frauen darstellen konnte.

Bei den Frauen konnte Präsident Obama vor vier Jahren deutlich besser abschneiden als sein Gegner Senator John McCain. Beim Kampf um die weiblichen Wählerstimmen kam Obama eine Debatte um Verhütungsmittel zugute. Ein neues Gesetz schrieb vor, dass von Arbeitgebern vermittelte Krankenversicherungen auch Kosten für Verhütungsmittel übernehmen müssen. Die katholische Kirche lehnte dies für kirchliche Institutionen ab. Ein von Obama vorgeschlagener Kompromiss beinhaltete, dass die Kosten auf die Versicherungsfirmen übertragen werden sollten. Die Kirche interpretierte auch dies als einen unrechtmäßigen Eingriff des Staates und als Angriff auf die Religionsfreiheit und lehnte den Kompromiss ab. Obama drohte eine von den Republikanern aufgezwungene Auseinandersetzung um religiöse Freiheit und Überschreitung staatlicher Befugnisse. Obamas Stab wiederum konnte die Debatte erfolgreich als einen Angriff auf die Gesundheitsrechte der Frauen darstellen und damit Sympathien gewinnen.

Der öffentliche Streit eskalierte, als einer der bekanntesten konservativen Radiomoderatoren, Rush Limbaugh, eine Studentin in seiner Sendung vor einem Millionenpublikum als „Schlampe“ bezeichnete, weil sie Verhütungsmittel als Teil der Krankenversicherung forderte. Die Studentin war von Demokraten zur Teilnahme an einer Kongressanhörung zu diesem Thema eingeladen, aber nicht von den Republikanern zugelassen worden. Deren geladene Experten waren dabei ausschließlich männlich. Mitt Romney nutzte

29 | Manu Raju, „Could Rubio plan lead to citizenship?“, *Politico*, 20.04.2012.

die Gelegenheit damals nicht, sich von Limbaughs Wortwahl deutlich zu distanzieren. Damit verpasste Romney eine Chance, vor allem bei Frauen zu punkten. Zunehmend setzt seine Kampagne seine Frau Ann ein – nicht nur, um ihn von einer menschlicheren Seite zu zeigen, sondern auch um bei weiblichen Wählern an Boden zu gewinnen. Diese Strategie scheint aufzugehen. Zumindest hat Romney in den letzten Wochen mehr Zuspruch bei den weiblichen Wählern erhalten, auch wenn Obama weiterhin die Mehrheit hält.³⁰

Währenddessen führt Romney bei den meisten Bevölkerungsgruppen, die bereits John McCain mehrheitlich unterstützt: Weiße und ältere US-Amerikaner, insbesondere aus einfachen Verhältnissen und ohne Universitätsabschluss. Diese Gruppen stellen eine große Anzahl von Wählern in wichtigen Staaten wie Ohio, Pennsylvania und Michigan. Mit seiner Botschaft, dass Obama das Land in den Ruin treiben und die Wirtschaft zerstören werde, kommt Romney dort gut an. Gern lobt er auch in diesem Zusammenhang Bill Clinton, welchen viele in diesen Gruppen früher unterstützt hatten und mit dem sich Romney nun zu assoziieren sucht.³¹ Obama hingegen verweist gern auf Ronald Reagan mit der Anspielung, dass die Republikaner von heute rechts von ihrer Ikone stehen würden.³²

Die andere bedeutende Wählergruppe, auf deren Rückhalt Romney zunehmend setzen kann, sind die religiösen Wähler. Für sie spielt in der gegenwärtigen Debatte nicht nur die Frage der Religionsfreiheit eine wichtige Rolle, sondern auch die Diskussion um gleiche Rechte für homosexuelle Paare. Angestoßen wurde diese Diskussion durch eine nicht abgestimmte Äußerung von Vizepräsident Joe Biden. In einem Fernsehinterview hatte sich Biden für die gleichgeschlechtliche Ehe ausgesprochen. Damit brachte er Obama in Zugzwang, der sich bis dahin nicht dazu geäußert hatte. Beobachter waren davon ausgegangen, dass Obama mit

Zunehmend setzt Romneys Kampagne seine Frau Ann ein – nicht nur, um ihn von einer menschlicheren Seite zu zeigen, sondern auch um bei weiblichen Wählern an Boden zu gewinnen.

30 | Emily Schultheis, „ABC/WaPo poll: Romney shows gains among women“, *Politico*, 30.05.2012.

31 | Reid Epstein, „Mitt Romney's Bill Clinton strategy“, *Politico*, 17.05.2012.

32 | Peter Baker, „Clinton and Reagan Draw Praise (but Not From Whom You'd Think)“, *The New York Times*, 18.05.2012.

Obama hatte sich vor den Wahlen für die Rechte von Homosexuellen im amerikanischen Militär stark gemacht und die bisherige Doktrin „don't ask, don't tell“ abgeschafft.

einer klaren Positionierung zu diesen Fragen bis nach den Wahlen warten wollte. Er hatte sich allerdings zuvor bereits für die Rechte von Homosexuellen im amerikanischen Militär stark gemacht und die bisherige Doktrin „don't ask, don't tell“ abgeschafft. Damit war es nun möglich geworden, im US-Militär zu dienen, ohne befürchten zu müssen, bei einem Bekanntwerden der homosexuellen Orientierung aus den Streitkräften entlassen zu werden. Durch Bidens Äußerungen war Obama nun gezwungen, sich selbst zu positionieren. Die frühe Positionierung Obamas zu diesem Thema kam Romney im eigenen Lager zugute. Sozial-konservative Wähler, die möglicherweise noch ihre Zweifel am republikanischen Kandidaten hatten, werden zusätzlich darin bestärkt, im November gegen Obama zu wählen.³³

Zwar elektrisiert das Thema auch die linke Parteibasis. Allerdings ist nicht klar, ob unabhängige Wähler und Angehörige der Mittelschicht in wichtigen Staaten wie Colorado, Ohio und Virginia diese liberale Politik tatsächlich auch unterstützen. Bisher sind Anstrengungen, die gleichgeschlechtliche Ehe in einigen *Swing States* per Referendum für legal zu erklären, immer gescheitert. Auch Minderheiten wie die Afro-Amerikaner und Latinos lehnen eine Legalisierung tendenziell ab.³⁴

EINFLUSS DER TEA PARTY

Umstritten ist derzeit, wie groß der Einfluss der Tea-Party-Bewegung bei den Republikanern ist. Das Hauptthema der Tea Party ist die Begrenzung der Staatsausgaben – ein Thema, das nicht erst durch sie Teil des öffentlichen Diskurses wurde. Ihren bisherigen Höhepunkt als Protestbewegung hatte die Tea Party bei Ihren Aktionen gegen die Gesundheitsreform und staatliche Konjunkturprogramme im Sommer 2010. Der Einfluss schlug sich dann auch im Wahlergebnis im November 2010 nieder, als viele von der Tea Party unterstützte Kandidaten in den Kongress kamen.

33 | Emily Schultheis, „Mitt Romney's opposition to gay marriage unites base“, *Politico*, 11.05.2012.

34 | Thomas Beaumont, „Gay marriage adds complexity in swing states“, *Associated Press*, 10.05.2012.

Die derzeitige Wahrnehmung der Tea Party ist damit nicht mehr zu vergleichen. Die Blockadehaltung bei der Diskussion um die Ausweitung der Schuldengrenze im Sommer 2011, die das Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit führte, dürfte die Tea Party deutlich an Unterstützung gekostet haben. Inzwischen lehnen es immer mehr Republikaner im Kongress ab, den „Steuer-Schwur“ (*Tax Pledge*) abzulegen, den der fiskalkonservative, Tea-Party-nahe Grover Norquist allen Republikanern abverlangt. Der Schwur verpflichtet sie, unter keinen Umständen Steuern zu erhöhen. Auch das Schließen von Steuerschlupflöchern würde im Sinne des Schwurs als Steuererhöhung gelten, es sei denn, das so generierte Staatseinkommen würde Steuerkürzungen zugute kommen. Alle Spitzenkandidaten der Republikaner, 13 Gouverneure, 40 der 47 amtierenden republikanischen Senatoren und 236 der 242 republikanischen Abgeordneten haben diesen Schwur geleistet. Dies geschah nicht über Nacht: Grover Norquist versucht als Präsident der Americans for Tax Reform seit über 25 Jahren, republikanische Abgeordnete insbesondere in den Länderparlamenten zu überzeugen. Jeden Mittwoch vernetzt er bereits seit vielen Jahren in Treffen vielversprechende Kandidaten und aufsteigende Politiker mit (finanziellen) Unterstützern und Lobbyisten. Auch dank einer frühen Allianz mit dem einflussreichen republikanischen Strategen Karl Rove konnte er die republikanische Partei langfristig als eine „Anti-Steuern-Partei“ etablieren.³⁵

Der „Steuer-Schwur“, den Grover Norquist allen Republikanern abverlangt, verpflichtet sie, unter keinen Umständen den Steuern zu erhöhen.

Allerdings mehren sich inzwischen die Stimmen unter den Republikanern, die Norquists radikale Steuervorstellungen mitunter offen ablehnen. Anfang Juni kritisierte der ehemalige Gouverneur von Florida, Jeb Bush, die Ausrichtung der Partei: Weder sein Vater, Präsident George H. W. Bush noch Präsident Ronald Reagan – Ikone der Tea Party Anhänger – würden heute von der konservativen Parteibasis nominiert werden. Dabei sprach sich Jeb Bush gerade für die Politik seines Vaters aus, der, um das Staatsdefizit zu verringern, sein Versprechen gegen Steuererhöhungen gebrochen hatte.³⁶ Daraufhin sprach sich auch der republikanische Senator Lindsey Graham dafür aus, dass das

35 | Tim Dickinson, „Grover Norquist: The billionaires' best friend“, *Rolling Stone*, 24.11.2011.

36 | Jim Rutenberg, „Jeb Bush Questions G.O.P.'s Shift to the Right“, *The New York Times*, 11.06.2012.

Schließen von Steuerschlupflöchern als Teil der Reduzierung der Staatsschulden in Höhe von 16 Billionen US-Dollar debattiert werden müsste.³⁷ Eine Reihe von vor Kurzem gewählten Abgeordneten spricht sich auch dafür aus, sich von dem Schwur wieder zu trennen bzw. ihn weiterhin nicht zu akzeptieren.³⁸ Von den 25 republikanischen Kandidaten, die eine realistische Chance haben, im November zum ersten Mal gewählt zu werden, hat ein Drittel ebenfalls nicht vor, den Steuer-Schwur zu leisten.³⁹

Wie hoch der Einfluss der Tea Party noch immer ist, zeigt sich aber an der kürzlich gescheiterten Nominierung Richard Lugars als Kandidat für die Senatswahlen im kommenden November. Dabei unterlag der langjährige, als gemäßigt geltende republikanische Senator aus Indiana bei der internen Wahl in diesem Jahr einem Tea-Party-Kandidaten. Damit lichten sich weiter die Ränge unter den Republikanern im Senat, die mit der anderen Seite kooperieren können und wollen. Lugars Nachfolger Richard Mourdock, der gute Aussichten auf einen Sieg gegen seinen demokratischen Herausforderer im November hat, machte bereits seine Vorstellung von einem politischen Kompromiss deutlich: Die Demokraten sollten die Positionen der Republikaner übernehmen.

Die Polarisierung, die auch, aber keineswegs allein auf die Tea Party zurückzuführen ist, wird in der Öffentlichkeit zunehmend beklagt.⁴⁰ Die ebenfalls langjährige, republikanische Senatorin Olympia Snowe aus Maine hat Anfang dieses Jahres bereits erklärt, nicht noch einmal antreten zu wollen. Als Grund gab sie die weiter zunehmende Polarisierung der Politik an.

37 | Lindsey Graham: „And if I’m willing to do that as a Republican, I’ve crossed a rubicon.“ In: Justin Sink, „Sen. Graham: GOP should break with Norquist tax pledge“, *The Hill*, 12.06.2012.

38 | Kate Nocera, „GOP rookies buck Grover Norquist“, *Politico*, 17.05.2012.

39 | Rosalind Helderman, „GOP showing small shifts on taxes“, *Washington Post*, 25.05.2012.

40 | Vgl. Stefan Burgdörfer, „US-Medien ergreifen Partei. Gefahr oder Chance für die politische Kultur?“, *KAS-Auslandsinformationen*, 6/2012, <http://kas.de/wf/de/33.31268> [20.06.2012].

NEUE REKORDE BEI DER WAHLKAMPFFINANZIERUNG

Fest steht schon jetzt, dass bei diesem Wahlkampf erneut die Rekorde für Spenden und Ausgaben gebrochen werden. Der Präsidentschaftswahlkampf der beiden Kandidaten wird insgesamt weit über eine Milliarde US-Dollar verschlingen. Ein großer Teil des Geldes wird dabei in aggressive Negativ-Werbung investiert.

Der Präsidentschaftswahlkampf beider Kandidaten wird über eine Milliarde US-Dollar verschlingen. Ein Großteil wird in aggressive Negativ-Werbung investiert.

Beide Kandidaten sind bereits jetzt erfolgreiche Spendensammler. Obama ist zudem der erste amerikanische Politiker, der in seiner politischen Laufbahn von knapp neun Jahren über eine Milliarde Dollar an Spenden eingenommen hat.⁴¹ Im aktuellen Wahlkampf liefern sich beide ein Kopf-an-Kopf-Rennen beim Einsammeln von Spenden. Bis Mitte Mai hatten den Demokraten nahestehende Gruppen und Organisationen mindestens 547 Millionen US-Dollar gesammelt, während die Republikaner und ihre *Super-PACs* (s.u.) mindestens 462 Millionen US-Dollar auf ihre Konten verbuchen konnten.⁴² Obamas Kampagne und das Democratic National Committee (DNC) konnten im Mai ihr Spendenaufkommen gegenüber dem Vormonat wieder steigern – von 43,6 auf über 60 Millionen US-Dollar.⁴³ Nachdem im April Romney und das Republican National Committee (RNC) mit einem Spendenaufkommen von knapp 40,1 Millionen US-Dollar fast aufschließen konnten, übertrumpften sie im Mai zum ersten Mal die Obama-Spendenmaschine und verbuchten stolze 76 Millionen US-Dollar.⁴⁴ Die Obama Kampagne konnte jedoch darauf verweisen, dass von den mehr als 572.000 Spendern im Mai mehr als 147.000 zum ersten Mal für ihn gespendet hatten. Ganze 98,5 Prozent dieser Spenden waren allerdings unter einem Wert von 250 US-Dollar, wobei der Durchschnittswert 54,94 US-Dollar

41 | Neil Munro, „Obama tops \$1 billion in career political contributions“, *Daily Caller*, 24.05.2012.

42 | Nicholas Confessore, Jo Craven McGinty und Derek Willis, „Romney Narrows Obama Fund-Raising Edge“, *The New York Times*, 22.05.2012.

43 | Meghashyam Mali, „Obama camp, Dems raise \$60 million in May“, *The Hill*, 07.06.2012.

44 | Jim Kuhnhenn und Ken Thomas, „Romney and GOP raise more than Obama and Democrats“, Associated Press, 07.06.2012; Callum Borchers, „Mitt Romney outraised President Obama in May“, *Boston Globe*, 08.06.2012.

betrug.⁴⁵ In den Monaten zuvor waren 44 Prozent seiner Spenden unter einem Wert von 200 US-Dollar.⁴⁶

Super-PACs können unbegrenzt Spenden einwerben und sie für die Unterstützung eines Präsidentschaftskandidaten einsetzen, diese finanziellen Mittel aber nicht an diese weiterleiten.

Die *Super-PACs* sind in diesem Wahlzyklus ein neuer und in seiner Tragweite nicht zu überschätzender Faktor. *Super-PACs* können unbegrenzt Spenden von Individuen, Gewerkschaften und Firmen einwerben und sie für die Unterstützung eines Präsidentschaftskandidaten einsetzen, diese finanziellen Mittel aber nicht an diese weiterleiten. Diese Form der *Political Action Committees* war erst 2010 durch ein Urteil des Supreme Court möglich geworden. Die Entscheidung im Fall *Citizens United vs. Federal Election Commission* mit dem Verweis auf die verfassungsrechtlich verbrieft freie Meinungsäußerung erlaubt nun unbegrenzte Spendenakquise unter der Bedingung, dass dies *PACs* unabhängig und ohne Absprache mit den Wahlkampfteams der Kandidaten agieren. Dies ist eine Grundbedingung, die in der praktischen Durchsetzung jedoch häufig zu Fragen und Kontroversen führt.⁴⁷

Im republikanischen Nominierungswahlkampf haben sich hauptsächlich einzelne Personen hervorgetan, die über ihr Vermögen den Wahlkampf von Newt Gingrich oder Rick Santorum lange am Leben hielten.⁴⁸ Der Hotel- und Casino-Magnat Sheldon Adelson pumpte allein insgesamt 21 Millionen US-Dollar in den Wahlkampf Newt Gingrichs und spendete jüngst dem *Super-PAC* *Restore our Future*, das Mitt Romney unterstützt, zehn Millionen US-Dollar.⁴⁹

Es zeichnet sich ab, dass die *Super-PACs* im Rennen um das Präsidentenamt und bei den gleichzeitig stattfindenden Kongresswahlen eine ebenso große Rolle spielen werden

45 | Meghashyam Mali, „GOP 12: Obama, DNC raise \$60 million in May“, *The Hill*, 07.06.2012.

46 | Peter Nicholas und Erica Orden, „Clooney Event Taps Big, Small Donors“, *Wall Street Journal*, 10.05.2012.

47 | Auf die Schwierigkeiten dieser Regelung machte unter anderem auch die populäre politische Satire-Sendung von Stephen Colberts aufmerksam: „Colbert & Stewart Get Last Laughs on Super PAC“, *Huffington Post*, 08.02.2012.

48 | Timothy Noah, „Crankocracy in America“, *New Republic*, 29.03.2012.

49 | „Sheldon Adelson is back on the market with talk of giving at least \$1 million – and possibly much more – to the Mitt Romney-affiliated super PAC *Restore Our Future*.“ Kenneth P. Vogel, „The return of Sheldon Adelson“, *Politico*, 07.06.2012.

wie im Nominierungswahlkampf. Republikanische *Super-PACs* und ähnliche gemeinnützige Organisationen prominenter Personen wie des Parteistrategen Karl Rove, der Unternehmerbrüder Koch und Tom Donohue von der U.S. Chamber of Commerce planen, rund eine Milliarde US-Dollar für die Präsidentschafts – und Kongresswahlen auszugeben. Allein die den Koch-Brüdern nahestehenden Organisationen planen Ausgaben im Volumen von 400 Millionen US-Dollar.

Dabei spielt zunehmend auch eine Rolle, dass diese Einzelspender versuchen, so weit wie möglich anonym zu bleiben. *Super-PACs* sind zwar in den meisten Bundesstaaten dazu verpflichtet, ihre Spender zu veröffentlichen, jedoch geschieht dies nicht unbedingt zeitnah zu den Wahlen. Spender, die anonym bleiben wollen, haben eine weitere Möglichkeit neben den *Super-PACs*, den Wahlkampf zu unterstützen: Organisationen wie Karl Roves Crossroads GPS, die als gemeinnützige *social welfare organizations* einen steuerfreien Status (501(c)4) genießen, sind davon befreit, ihre Spender zu veröffentlichen.⁵⁰ Während des Zwischenwahlkampfes von 2010 hatten diese Organisationen dabei einen größeren finanziellen Einfluss gehabt als die bekannteren *Super-PACs*. Diese gaben 2010 insgesamt 65 Millionen US-Dollar aus im Vergleich zu rund 95 Millionen auf Seiten von *social welfare organizations*.

Super-PACs sind zwar in den meisten Bundesstaaten dazu verpflichtet, ihre Spender zu veröffentlichen, jedoch geschieht dies nicht unbedingt zeitnah zu den Wahlen.

Das Obama-Wahlkampfteam hatte sich in der Vergangenheit zunächst gegen den eigenen Einsatz solcher Gruppen wie *Super-PACs* und den Wahlkampf unterstützende *social welfare organizations* gewandt, angesichts des absehbaren republikanischen Erfolgs aber von einer solchen einseitigen „Abrüstung“ abgesehen. Allerdings halten sich die den Demokraten nahestehenden Milliardäre und Großspender wie George Soros dieses Jahr bisher eher zurück. Letzterer hat zwar diesen Mai insgesamt zwei Millionen US-Dollar an zwei *Super-PACs* gespendet, diese Summe steht aber in keinem Vergleich zu den 23 Millionen, die er 2004 gegen George W. Bush einsetzte. Es ist insofern nicht überraschend, dass Präsident Obama Ende Juni persönlich in Spendenaufrufen warnte, dass erstmals in der Geschichte ein Herausforderer

50 | Jonathan Weisman, „Scrutiny of Political Nonprofits Sets Off Claim of Harassment“, *The New York Times*, 06.03.2012.

und mit ihm assoziierte Organisationen mehr Spenden verzeichnen könnten als der amtierende Präsident. Dies entspricht einerseits der momentanen Realität, soll aber auch ein Druckmittel gegenüber seinen zurückhaltenden Spendern sein.⁵¹ Insgesamt fördern diese Möglichkeiten unbegrenzter Spenden zusätzlich die Extreme: Reiche Einzelspender können spezifische, ihnen wichtig erscheinende Themen und Botschaften besonders herausstellen, ohne selbst politisch notwendige Kompromisse eingehen zu müssen.

WAHLKAMPF AUF DEM BILDSCHIRM

Rekordsummen werden in diesem Jahr auch wieder für Online-Werbung ausgegeben werden. Die Analysten von ClickZ meinen, dass Obama in diesem Zyklus insgesamt 35 Millionen US-Dollar für Internetwerbung ausgeben wird.⁵² Das wären 19 Millionen US-Dollar mehr als die Rekordsumme von 2008. Laut comScore kann ihm weiterhin kein Republikaner auf diesem Gebiet das Wasser reichen.⁵³

Die TV-Debatten haben in diesem Jahr eine besonders wichtige Rolle gespielt. Newt Gingrich galt als wenig aussichtsreich. In den Debatten jedoch konnte er brillieren.

Nichtsdestotrotz geht die Investition in die Internetwerbung nicht automatisch auf Kosten des Fernsehens. Die TV-Debatten haben in diesem Jahr eine besonders wichtige Rolle gespielt. Sie beendeten die Hoffnungen des Gouverneurs von Texas, Rick Perry, der sich im Fernsehen nicht gut verkaufen konnte. Seine Kandidatur wurde nicht zuletzt durch seine Aussetzer vor laufender Kamera beendet. Umgekehrt konnte Newt Gingrich wesentlich von den TV-Debatten profitieren. Er galt als wenig aussichtsreich, nicht zuletzt wegen der trotz Adelsons Spende zu geringen Mittel für einen nachhaltigen, werbewirksamen Wahlkampf und massiver Probleme im Wahlkampfteam. In den Debatten jedoch konnte er brillieren. Zeitweise schaffte er es immerhin zum Spitzenkandidat. Dem massiven Einsatz von TV-Werbung war es schließlich auch zu verdanken, dass Romney sich zunächst gegen Gingrich und dann gegen Santorum durchsetzen konnte.

51 | Stephen Dinan, „Obama: I will be outspent“, *Washington Times*, 26.06.2012.

52 | Insbesondere für „display ads, paid search, audio, video and email“.

53 | Alicia Cohn, „Social media ad spending in 2012 expected to more than double compared to 2008“, *The Hill*, 15.05.2012.

Beide Seiten, Obama und Romney, sind offensichtlich bemüht, den Wahlkampf mit ihren Botschaften noch vor der Sommerpause zu dominieren.⁵⁴ Es kann erwartet werden, dass im Herbst das Niveau der Ausgaben für Fernsehwerbung noch einmal dramatisch steigen wird: Das Democratic Congressional Campaign Committee allein hat bereits 46,3 Millionen US-Dollar in Wahlwerbespots investiert, die ab Anfang September ausgestrahlt werden sollen, und bereits eine zusätzliche Werbezeit im Wert von fast 19 Millionen US-Dollar reserviert.⁵⁵



Während der Anhörungen vor dem Supreme Court im März 2012 zeigt ein Demonstrant, wofür er die Gesundheitsreform des US-Präsidenten hält: für Sozialismus. | Quelle: majunznk/flickr (CC BY-ND).

WAHLAUSSICHTEN

Es ist natürlich viel zu früh, um eine definitive Aussage über die Erfolgschancen für eine Wiederwahl Präsident Obamas zu treffen. Derzeit sieht es nach einer knappen Entscheidung aus. Die US-Wirtschaft wächst nur sehr schwach, die Arbeitslosenzahlen sind mit knapp neun Prozent wenig ermutigend. Vor allem die Demokraten schauen mit Sorge nach Europa. Die Auswirkungen der Krise in Europa auf die amerikanische Wirtschaft könnten zusätzlich zur Schwä-

54 | Beth Fouhy und Thomas Beamont, „Presidential ad spending hits \$87 million“, Associated Press, 31.05.2012.

55 | Shira Toeplitz, „DCCC Reserves \$19M Worth of Airtime“, *Roll Call*, 06.06.2012.

chung der Erfolgsaussichten Obamas beitragen.⁵⁶ Dazu kommt, dass seine größten legislativen Erfolge, die Gesundheitsreform und das Konjunkturprogramm von 2008, bei der Bevölkerung nicht unumstritten sind.⁵⁷ Die Gesundheitsreform wurde zuletzt vom Obersten Gericht überprüft. Das inzwischen gesprochene Urteil bezeichnet das Gesetz zwar als verfassungskonform. Dies gilt insbesondere auch für den Kern des Gesetzes, wonach jeder zu einer Krankenversicherung (bzw. zu einer Strafzahlung) verpflichtet werden kann. Obama kann dies als Erfolg für sich verbuchen. Dennoch spaltet das Urteil die Nation. Das Gericht bezeichnete die Versicherung als eine Art Steuer. Damit wurde die bisherige Argumentation Obamas unterminiert, dass für das neue Gesundheitsgesetz keine neuen Steuern erhoben werden müssten. Gleichzeitig gibt dieses Urteil Mitt Romney die Möglichkeit, das Gesetz als eine Form von Steuererhebung zu kritisieren. Dies ist ihm allerdings dadurch erschwert, da er selbst als Gouverneur in Massachusetts ein ähnliches Gesundheitsgesetz eingeführt hatte. Romney versucht sich aus diesem Dilemma mit der Auskunft zu retten, dass auf nationaler Ebene nicht richtig sein muss, was auf der Ebene der Bundesstaaten notwendig ist.

Am Beispiel der Gesundheitsreform wird deutlich, was als ein Hauptproblem der bisherigen Amtszeit Obamas angesehen wird. Ihm ist es nicht gelungen, die politische Spaltung des Landes zu überwinden und im Kongress parteiübergreifende Projekte umzusetzen. Die Gesundheitsreform brachte Obama gegen die Republikaner durch, ohne große Anstrengungen für eine gemeinsame, überparteiliche Reform zu machen. Die Hoffnung auf eine neue Einigung des Landes über politische Grenzen hinweg schlägt nun in Enttäuschung um, die nun seine Wahlaussichten deutlich schmälern dürfte.

Auch bei der Wirtschaftsentwicklung, die bei der Wahlentscheidung im Zentrum stehen wird, bleibt Obama nicht viel Handlungsspielraum. Steuernachlässe, Freihandelsabkommen, verlängerte Arbeitslosengeldzahlungen und staatliche Aufbauprojekte sowie Finanzhilfen für die Bundesstaaten

56 | „Obama, Merkel, Monti talk on strengthening eurozone: WH“, Agence France Presse, 07.06.2012.

57 | Josh Kraushaar, „Obama The Underdog“, *National Journal Daily*, 09.05.2012.

und Lokalregierungen wurden bereits umgesetzt, konnten aber bislang nicht zum gewünschten Erfolg führen.⁵⁸

Allerdings werden am Ende wohl nicht die absoluten Zahlen über die Wahl entscheiden. Vielmehr geht es um die Frage, wie die Wähler die Zukunft des Landes einschätzen. Hier geht es am Ende darum, wer die Deutungshoheit behält: Wird Obama mit seiner Botschaft erfolgreich sein, dass viele Probleme auf die Politik seines republikanischen Vorgängers zurückzuführen sind, er das Land nun aber in eine richtige Richtung führt, während Romney mit seinem Politikansatz und überholten Konzepten die Probleme des Landes nicht lösen kann? Oder wird Romney am Ende mit seiner Botschaft durchdringen, dass Obama die Wirtschaftsentwicklung durch staatliche Interventionen behindert habe?

Wer immer im November gewinnen sollte: Die USA stehen auf lange Sicht vor gewaltigen Herausforderungen. Im Vordergrund steht die Belebung der Wirtschaftsentwicklung und das nachhaltige Schaffen von Arbeitsplätzen.

Die USA stehen auf lange Sicht vor gewaltigen Herausforderungen. Im Vordergrund steht die Belebung der Wirtschaftsentwicklung und das nachhaltige Schaffen von Arbeitsplätzen.

Vor allem im Bereich der fertigenden Industrie (*Manufacturing*) sind in der Vergangenheit viele Arbeitsplätze verloren gegangen, die aber als wichtige Stütze der Wirtschaft gelten. Zu den Herausforderungen gehört auch der Abbau der Staatsverschuldung. Staatsausgaben und das Steuerrecht müssen neu geordnet werden. Massive Einsparungen sind in den nächsten Jahren umzusetzen. Ohne einen Abbau der Verteidigungsausgaben und Einschnitte im sozialen Bereich wird dies nicht funktionieren. Auch die Reintegration der Veteranen, die im Irak und in Afghanistan gekämpft haben, stellt eine gesellschaftlich wichtige Herausforderung dar. Ein großes Thema ist auch die Neugestaltung der Immigrationspolitik und die demografische Entwicklung.⁵⁹ Die Finanzierung und die Qualität von Bildung ist ein weiteres Thema, das die Politik einer zukünftigen Administration wesentlich bestimmen wird.

58 | Andrew Taylor, „Few Options Left For Obama On Economy“, Associated Press, 06.06.2012.

59 | Schon heute sind unter Latinos, Farbigen und Asiatischen Amerikanern die Mehrheit der Neugeborenen zu verzeichnen, weiße Amerikaner geraten damit in die Minderheit. „Whites Account for Under Half of Births in U.S.“, *The New York Times*, 17.05.2012.

Am Ende des Jahres 2012 ist zudem eine weitere Krise abzusehen: Da sich eine nach dem Ausweiten der Schuldengrenze im vergangenen Jahr eingesetzte Sonderkommission nicht auf Sparmaßnahmen einigen konnte, kommt es zu einer automatischen Kürzung der Staatsausgaben mit entsprechenden Auswirkungen auf die Wirtschaft. Gleichzeitig laufen Steuervergünstigungen automatisch aus. Zur gleichen Zeit wird Prognosen zufolge der Haushalt wiederum die Schuldengrenze erreichen und eine erneute Ausweitung verlangen. Experten sprechen von einem *fiscal cliff*, einem fiskalischen Abgrund.

Um die enormen Herausforderungen bewältigen zu können, bedarf es einer Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten, die jedoch bis auf Weiteres als wenig wahrscheinlich gilt. Einmal mehr gilt, dass der Handlungsspielraum der nächsten Regierung mindestens genauso von den Mehrheitsverhältnissen im Kongress bestimmt werden wird wie von der Person im Weißen Haus.